Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/9764

04. 02. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Simone Probst, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Manuel Kiper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7282 –

Keine weitere Beteiligung am Fusionstestreaktor ITER

A. Problem

Die Bundesregierung soll sich in den Gremien der Europäischen Union gegen eine weitere europäische Beteiligung am Kernfusionsprojekt ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) und für eine Beendigung der Forschung zur Entwicklung der Kernfusion als Energiequelle aussprechen. Auf nationaler Ebene sollen die Fusionsforschung ebenfalls beendet und die freiwerdenden Mittel für die Förderung von Energieeinsparstrategien und für erneuerbare Energien eingesetzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags, weil auf die Kernfusion als eine mögliche Option für eine zukünftige Energiequelle nicht von vornherein verzichtet werden soll.

Große Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Ein ebenfalls abgelehnter Antrag der Fraktion der SPD im Ausschuß sieht vor, die Bundesregierung aufzufordern, zusammen mit den europäischen Partnern eine Bewertung der Bedeutung der Fusionsforschung im Rahmen einer ökologisch orientierten europäischen Energiepolitik vorzunehmen und die Möglichkeit einer stärkeren Konzentration des deutschen Fusionsprogramms zu prüfen.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/7282 – abzulehnen.

Bonn, den 14. Januar 1998

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Doris Odendahl	**Hans-Otto Schmiedeberg**	**Wolf-Michael Catenhusen**	**Simone Probst**
Vorsitzende	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin
	Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann	**Wolfgang Bierstedt**	
	Berichterstatter	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Hans-Otto Schmiedeberg, Wolf-Michael Catenhusen, Simone Probst, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und Wolfgang Bierstedt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage – Drucksache 13/7282 – in seiner 178. Sitzung der 13. Wahlperiode am 5. Juni 1997 an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, daß sich die Europäische Union nicht weiter am Kernforschungsprojekt ITER beteiligt. Die Bundesregierung soll weiterhin im nationalen Bereich die Förderung der Kernfusionsforschung einstellen und die freiwerdenden Mittel für eine verstärkte Forschung der erneuerbaren Energien und der rationellen Energienutzung verwenden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 1. Oktober 1997 beraten und dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 61. Sitzung am 8. Oktober 1997 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 14. Januar 1998 beraten.

Die Fraktion der SPD im Ausschuß brachte zur Beratung den folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Die Bundesregierung, Frankreich und andere europäische Staaten haben von der Bewerbung für einen Standort in Europa für den Bau des weltweiten Fusionsexperiments ITER Abstand genommen. Mit der Entscheidung der vier Partner für das ITER-Projekt, USA, Rußland, Japan und die EU, die lange Zeit für 1998 geplante Entscheidung über den Bau des ITER zunächst um drei Jahre zu vertagen, ist Zeit gewonnen, die Zielsetzungen und Schwerpunkte der Fusionsforschung, die seit mehr als dreißig Jahren nur aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, angesichts der dramatischen Finanzprobleme in wichtigen Industriestaaten und der Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Energiepolitik einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die Entwicklung eines Fusionsreaktors hat für die nächsten Jahrzehnte in einer am Ziel der Nachhaltigkeit orientierten Energiepolitik und Forschungspolitik keine Priorität.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- mit den europäischen Partnern eine Bewertung der Bedeutung der Fusionsforschung im Rahmen einer ökologisch orientierten Energiepolitik vorzunehmen;
- Möglichkeiten einer stärkeren Konzentration im deutschen Fusionsprogramm zu prüfen."

Die Vertreterin der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7282 – erklärt, daß es angesichts der Klimaschutzproblematik unverantwortlich sei, einerseits immer mehr finanzielle Mittel in die Kernfusionsforschung zu stecken und andererseits in den Bereichen erneuerbare Energien und energieeffizientere Technologien die Mittel zu kürzen. Deshalb sollen die Erforschung der Kernfusion und die Entwicklung von Kernfusionsreaktoren, wie z. B. ITER, beendet werden. Die freiwerdenden Mittel sollen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen und rationeller Energienutzung eingesetzt werden. Beim Antrag der Fraktion der SPD – Ausschuß-Drucksache 13-804 – könne der Forderung nach einer Bewertung der Bedeutung der Fusionsforschung zugestimmt werden. Der zweite Spiegelstrich im Antrag, mit dem die Fraktion der SPD zu erkennen gebe, daß sie auf die Förderung der Kernfusion nicht verzichten wolle, müsse aber abgelehnt werden und damit auch der gesamte Antrag.

Die Vertreter der Fraktion der SPD verweisen darauf, daß die Partner beim ITER-Projekt (USA, Rußland, Japan und die Europäische Union) sich darauf verständigt haben, die Bauentscheidung für ITER bis zum Jahre 2001 zu verschieben. Dies eröffne die Möglichkeit, auf europäischer Ebene eine Prioritätendiskussion über die zukünftige Energiepolitik in Gang zu setzen und dabei die Option Kernfusion neu zu bewerten. Die Fraktion der SPD gehe davon aus, daß die Entwicklung eines Fusionsreaktors in den nächsten Jahren keine energiepolitische Priorität haben werde. Doch gebe es noch erheblichen Bedarf an Grundlagenforschung im Bereich der Kernfusion, dem weiter nachgegangen werden solle. Ein Be-

schluß gegen die Kernfusion, wie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dies fordere, vor einer ausführlichen Untersuchung über die zukünftige energiepolitische Bedeutung der Kernfusion sei nicht sinnvoll. Die Zukunft der Kernfusion in Europa werde vor allem auf europäischer Ebene und weniger auf nationaler Ebene entschieden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7282 – beruhe zum Teil auf einer spekulativen Basis und sei deshalb abzulehnen.

Die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. erklärten, daß es keine Erkenntnisse gebe, die einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernfusionsforschung rechtfertigen würden. An der Option Kernfusion für eine zukünftige Energieversorgung müsse festgehalten und die Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Deutschland in diesem Bereich erfolgreich durchgeführt werden. Deutschland müsse in den internationalen Kernfusionsprogrammen verankert bleiben. Eine Bewertung der Fusionsforschung im Rahmen einer ökologisch orientierten Energiepolitik fände bereits laufend sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene statt. Eine stärkere Konzentration der deutschen Fusionsforschung werde stets im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen geprüft. Sowohl der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7282 – als auch der Antrag der Fraktion der SPD – Ausschuß-Drucksache 13-804 – seien deshalb abzulehnen.

Der Vertreter der Gruppe der PDS erklärt, daß es sich bis heute hinsichtlich der Erwartungen zur Kernfusion im wesentlichen um Spekulationen handele. Die Gruppe der PDS halte sowohl den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7282 – als auch den Antrag der Fraktion der SPD im Ausschuß – Ausschuß-Drucksache 13-804 – für zustimmungswürdig.

Der Ausschuß lehnt den Antrag der Fraktion der SPD – Ausschuß-Drucksache 13-804 – mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS ab.

Die vorgenannte Beschlußempfehlung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7282 – hat der federführende Ausschuß in seiner 66. Sitzung am 14. Januar 1998 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 14. Januar 1998

Hans-Otto Schmiedeberg
Berichterstatter

Wolf-Michael Catenhusen
Berichterstatter

Simone Probst
Berichterstatterin

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333